

HAMBURG

**Maßstäbe fürs Maßhalten**

In Zusammenarbeit zwischen der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg und der Arbeitsgemeinschaft der Krankenkassen-Verbände der Hansestadt ist ein Patienten-Informationsblatt erschienen, das jeder Kassenarzt im ersten Quartal 1980 seinen Patienten persönlich übergeben soll.

Mit Illustrationen des Hamburger Röntgenologen Dr. Armin Schäffer weisen die beiden Institutionen auf die Grenzen ärztlicher Verschreibungen, Überweisungen und Verordnungen im Sinne der allgemeinen Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen hin. Das Blatt soll die Patienten zum Nachdenken anhalten, bevor sie an ihren Arzt Forderungen stellen.

Besonders informativ für die Patienten ist die Rückseite des Prospektes, wo unter einer „Stop-Hand“ die Gruppen an Präparaten und Mitteln verzeichnet sind, die nach den Arzneimittel-Richtlinien des Bundesausschusses der Ärzte und Krankenkassen nicht mehr



Titelzeichnung von Dr. med. Armin Schäffer auf dem Hamburger Falblatt „Zur Information meiner Patienten“

auf Rezept verordnet werden dürfen.

Der Vorsitzende der Kassenärztlichen Vereinigung Hamburg, Dr. Jens Doering, erklärte bei der Vorstellung des Prospektes, die Ärzte warteten nun auf den Appell der Politiker an die Patienten zum maßvollen Verhalten.

Vorerst hat jeder Hamburger Kassenarzt 500 Exemplare zur Weitergabe an seine Patienten erhalten. Weitere Exemplare können nachgefordert werden. dws/phä

BADEN-WÜRTTEMBERG

**„Geschlechtererziehung“ statt „Sexualkunde“**

Nach Ansicht der CDU-Landtagsfraktion in Baden-Württemberg sollte künftig der Sexualkundeunterricht an den Schulen des Landes „Geschlechtererziehung“ heißen. Zur Zeit wird an den Schulen des Landes Sexualkunde nur im Rahmen des Biologieunterrichts erteilt. Das Kultusministerium wie auch die CDU streben einen fachübergreifenden Unterricht an, der auch „ethisch wertend“ sein soll. Der CDU-Fraktion kommt es besonders darauf an, daß den Kindern nicht nur „technische Vorgänge“ vermittelt werden. Der Begriff „Sexualerziehung“ enge die Thematik zu sehr „auf das Körperliche ein“. Mit der Bezeichnung „Geschlechtererziehung“ könne auch die Grundverschiedenheit von Mann und Frau deutlich gemacht werden.

Problematisch erscheint dem Ministerium die von der CDU ebenfalls erhobene Forderung nach einem gesetzlich verankerten Elternrecht auf Abmeldung ihrer Kinder von der Sexualerziehung. Gerade wenn Sexualkunde in Fächern wie Deutsch, Gemeinschaftskunde und Religion einbezogen werden soll, könnten sich bei völliger Wahlfreiheit pädagogische und organisatorische Schwierigkeiten ergeben. dr

RHEINLAND-PFALZ

**Wissenschaftsrat gegen „Hochschulklinikum“ in Ludwigshafen**

Aufgrund einer Anfrage des Landes hat der Wissenschaftsrat die Frage geprüft, ob der Ausbau der Kliniken in Ludwigshafen zu einem Hochschulklinikum sinnvoll wäre.

Dabei ging er von der Überlegung aus, daß eine Kapazitätsausweitung nicht angebracht sei. In seinen Medizinempfehlungen von 1976 hatte der Wissenschaftsrat 10 000 Zulassungen pro Jahr für das Medizinstudium als Obergrenze angesehen. Dieser Wert ist inzwischen nicht nur erreicht, sondern sogar weit überschritten.

Der Wissenschaftsrat meint, daß es in den kommenden Jahren verstärkt darauf ankommen muß, die Praxisnähe der Medizinausbildung zu verbessern und die Patientenbelastbarkeit zu berücksichtigen.

Der Ausbau der Krankenanstalten in Ludwigshafen zu einem Hochschulklinikum mit Aufwendungen von mehreren hundert Millionen DM würde dieser Zielsetzung nicht Rechnung tragen.

Statt dessen schlägt der Wissenschaftsrat vor, die Krankenanstalten in Ludwigshafen als Lehrkrankenhäuser für das Praktische Jahr heranzuziehen.

Darüber hinaus soll geprüft werden, ob eine Einbeziehung in den 1. und 2. klinischen Studienabschnitt der Medizinausbildung in Verbindung mit den Universitäten Mainz oder Heidelberg möglich ist.

Ziel der Beteiligung Ludwigshafens an der Medizinausbildung könne nur eine Verbesserung der ernsthaft bedrohten Qualität, nicht eine Steigerung der Quantität der Mediziner Ausbildung sein. EB